

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 9. öffentliche Sitzung des Integrationsrates am Mittwoch, 03.05.2023 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Martin Falke CDU

stell. Vorsitz

Herr Hamza El Halimi SPD

ordentliche Mitglieder

Frau Aynur Bucan Türkisch-Islamische Gemeinde

Herr Cosimo Dell'Abate

Frau Susanne Brandenburg CDU

Frau Monika Grünke-Klapdor CDU

Herr Michael Rupp CDU

Herr Oliver Kohl Allianz für Hilden

Frau Chariklia Brüning DIE LINKE

Fraktionen

Herr Matthias Schumann CDU

Frau Henrike Lindenberg SPD i.V. für Frau Kollender

Frau Helen Kehmeier Bündnis 90/Die Grünen

Frau Julia Gerhard FDP

Herr Marlon Buchholz AfD

Herr Ralf Peter Beier BÜRGERAKTION

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden

Frau Rachida El Khabbachi Stadt Hilden

Frau Anja Voß Stadt Hilden

Herr Tim Zimmerer Stadt Hilden

Herr Wolfgang Strauhal für Herrn Wobisch

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

- 1 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführung für den Integrationsrat
WP 20-25 SV 51/227

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 2 Befangenheitserklärungen
- 3 Die Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus im Kreis Mettmann stellt sich vor
WP 20-25 SV 51/218
- 4 Wahl und Benennung von Vertreterinnen/Vertretern in Gremien des Landesintegrationsrates
WP 20-25 SV 51/200
- 5 Fallzahlenentwicklung Asyl
WP 20-25 SV 51/216
- 6 Sachstandsbericht Asyl
WP 20-25 SV 51/217
- 7 Sachstandsmitteilung Soziale Dienste, Fachstelle unbegleitete minderjährige Ausländer
WP 20-25 SV 51/219
- 8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Falke, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Herr Falke stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen seien.

- | | | |
|---|---|-----------------------|
| 1 | Bestellung einer stellvertretenden Schriftführung für den Integrationsrat | WP 20-25 SV
51/227 |
|---|---|-----------------------|
-

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat bestellt für die heutige Sitzung Herrn Wolfgang Strauhal zum stellvertretenden Schriftführer des Ausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Die Bestellung von Herrn Strauhal als stellvertretenden Schriftführer für den Integrationsrat wurde einstimmig angenommen.

Änderungen zur Tagesordnung

Keine.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand zu Wort.

- | | |
|---|--------------------------|
| 2 | Befangenheitserklärungen |
|---|--------------------------|
-

Keine.

- | | | |
|---|--|-----------------------|
| 3 | Die Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus im Kreis Mettmann stellt sich vor | WP 20-25 SV
51/218 |
|---|--|-----------------------|
-

Frau Yildiz-Can und Herr Letmathe stellten anhand einer Power-Point Präsentation die Aufgaben, die Tätigkeitsschwerpunkte sowie die Schulungsmöglichkeiten der Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus im Kreis Mettmann dem Gremium des Integrationsausschusses vor.

Frau Kehmeier/Bündnis 90 Die Grünen fragte nach, ob im Bereich des strukturellen bzw. institutionellen Rassismus sich durch die Arbeit der Beratungsstelle bereits einige Erfolge eingestellt haben.

Frau Yildiz-Can und Herr Letmathe erklärten, dass die Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus erst seit 1,5 Jahren im Kreis Mettmann tätig sei. Daher könne zu diesen Punkten keine Aussagen getroffen werden. Der Beratungsstelle lägen noch keine validen Erkenntnisse dazu vor.

Frau Kehmeier /Bündnis 90 Die Grünen erkundigte sich, ob die von der Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus erstellten Plakate „Rassismus fängt bei uns allen an...“ im Rahmen einer Öffentlichkeitsarbeit auch in Hilden aufgestellt werden können.

Frau Yildiz-Can und Herr Letmathe erklärten, dass mit der Stadt Hilden aktuell noch keine Kooperation in diesem Bereich bestehe, bzw. diese sich im Aufbau befände. In der Vergangenheit hätten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstelle alle kreisangehörigen Kommunen hinsichtlich ihres bestehenden Angebotes angeschrieben und auf sich aufmerksam gemacht. Dazu sei keine große Resonanz Seitens der Kommunen erfolgt. Die von Frau Kehmeier angesprochenen Plakate können gerne in Format einer Postkarte zugeschickt werden.

Frau Kehmeier/Bündnis 90 Die Grünen fragte nach, wie im Alltag mit dem versteckten Rassismus umgegangen werden kann bzw. wie lassen sich alltagsrassistische Einstellungsmuster finden.

Frau Yildiz-Can und Herr Letmathe erklärten, dass die Beratungsstelle zu diesem Themenkomplex Informationsmaterialien vorliegen hätte, das den Mitgliedern des Gremiums zugeschickt werde.

Frau Bucan/Türkisch-Islamische Gemeinde fragte nach, ob durch die begleitende Tätigkeit der Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus im Bereich der Wohnungssuche rassistische(s) Vorbehalte oder Verhalten erkannt und diesem begegnet werden konnte.

Frau Yildiz-Can und Herr Letmathe erklärten, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstelle bei bekannt werden einen mutmaßlich rassistischen Vorbehalt gegenüber einem Mietinteressenten wegen seines Nachnamens, den potentiellen Vermieter mit einem eindeutig deutschen Nachnamen anrufen könnten, um einen Besichtigungstermin vereinbaren zu können. Wenn dann dieser potentielle Vermieter einen Besichtigungstermin zugesagt habe, könne dagegen strafrechtlich vorgegangen werden.

Frau Brandenburg/CDU fragte nach, ob neben den kreisangehörigen Kommunen auch andere Institutionen von der Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus beraten werden.

Frau Yildiz-Can und Herr Letmathe führten aus, dass Bildungsträger wie Kindergärten und Schulen aber auch Stellen in der Präventionsarbeit von der Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus beraten würden.

Herr Beier/Bürgeraktion fragte nach, wie die insgesamt 4 Vollzeitstellen in der Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus finanziert werden und in welcher Organisationsform diese im Kreis verortet ist.

Frau Yildiz-Can und Herr Letmathe erklärten, dass es sich um ein 1,5 Jahre befristetes Gemeinschaftsprojekt der AWO, der Caritas, der Diakonie, des DRK's sowie dem Paritätischen handelt, welches vom Kreis Mettmann finanziert werde. Organisatorisch seien sie dem Kreisintegrationszentrum in Mettmann zugehörig.

Herr Letmathe fügte hinzu, dass der Jahresbericht 2022 der Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus dem heutigen Protokoll beigefügt würde.

Herr Buchholz/AfD fragte nach, wann Erfolge im Zusammenhang mit BIPoC (Abkürzung für Black Indigenous People of Color) messbar sind.

Frau Yildiz-Can und Herr Letmathe beantworteten diese Frage ausreichend und abschließend.

Frau Brandenburg/CDU erkundigte sich, wann die Arbeit der Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus beendet werden könne oder ob diese stetig fortgeführt werden müsse.

Frau Yildiz-Can und Herr Letmathe gaben an, dass die Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus im Kreis Mettmann Mitte 2021 als ein auf 1,5 Jahren befristetes Gemeinschaftsprojekt konzeptionell erarbeitet worden sei. Derzeit sei Mann zuversichtlich, dass das Projekt für ein weiteres Jahr fortgeführt werden wird.

Frau Kehmeier/Bündnis 90 Die Grünen bat im Namen des Integrationsrates die Verwaltung um die Durchführung der Plakatkampagne der Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus des Kreises Mettmann in Hilden.

Frau Gerhard/ FDP bat die Verwaltung darum, die Durchführung der Plakatkampagne der Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus des Kreises Mettmann möglichst kostenneutral zu gestalten.

Herr Falke/CDU fragte nach, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus des Kreises Mettmann direkt und aktiv andere Institutionen anschreiben und dort deren Angebote bewerben.

Frau Yildiz-Can und Herr Letmathe wiesen auf die personell begrenzten Kapazitäten der Beratungsstelle hin und dass auch sogenannte Multiplikatoren die Angebote regional und institutionell übergreifend vermittelten.

Ergänzend wurde darauf hingewiesen, dass eine Sprechstunde der Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus für und in Hilden in der Planung sei.

Der Integrationsrat nahm die Vorstellung der Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus im Kreis Mettmann zur Kenntnis.

4	Wahl und Benennung von Vertreterinnen/Vertretern in Gremien des Landesintegrationsrates	WP 20-25 SV 51/200
---	--	-----------------------

Herr Wobisch von der Verwaltung leitete inhaltlich in die Thematik ein.

Herr Wobisch fragte nach, ob die Gremiumsmitglieder die Wahl und Benennung von Vertreterinnen und Vertreter des Landesintegrationsrates per Handzeichen zur Abstimmung bringen möchten.

Die Gremiumsmitglieder des Integrationsrates stimmten einstimmig zu, die Wahl per Handzeichen zur Abstimmung bringen zu wollen.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten Mitglieder: 15

Beschlussvorschlag:

Zu a:

Der Integrationsrat beschließt die Entsendung eines nachrückenden Mitglieds in die Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates. Folgendes Mitglied wird benannt, folgendes Mitglied wird ggf. neu als stellvertretendes Mitglied benannt:

- Herr Falke/CDU

- Herr Buchholz/AfD
- Frau Bucan/Türkisch-Islamische-Gemeinde

Zu b:

Der Integrationsrat beschließt die Entsendung eines nachrückenden Mitglieds in den Hauptausschuss des Landesintegrationsrates. Folgendes Mitglied wird benannt, folgendes Mitglied wird ggf. neu als stellvertretendes Mitglieder benannt:

- Herr Falke/CDU
- Herr Buchholz/AfD
- Frau Bucan/Türkisch-Islamische-Gemeinde

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Zum Vorsitzenden des Hauptausschusses wurde Herr Falke/CDU gewählt. Das Stimmergebnis lautet: 8 Ja Stimmen / 6 Nein Stimmen / 1 Enthaltungen

Zum Vorsitzenden der Mitgliederversammlung wurde Herr Falke/CDU gewählt. Das Stimmergebnis lautet: 9 Ja Stimmen / 5 Nein Stimmen / 1 Enthaltungen

5 Fallzahlenentwicklung Asyl

WP 20-25 SV
51/216

Herr 1. Beigeordneter Eichner wies auf einen Übertragungsfehler in der Sitzungsvorlage hin. Die auf Seite 2 der Sitzungsvorlage dargestellte Altersstruktur bezieht sich auf das Datum „zum 04.04.2023“.

Frau Grünke-Klapdor/CDU fragte nach, wieviel freie Plätze in der Stadt Hilden in den städtischen Asylunterkünften aktuell zur Verfügung stehen.

Die Amtsleiterin des Amtes für Jugend, Soziale Dienste und Integration, Frau Voß führte aus, dass aktuell 80 freie Plätze in den städtischen Asylunterkünften zur Verfügung ständen.

Frau Grünke-Klapdor/CDU fragte nach, wie sich die Unterbringungssituationen in der Stadt Hilden darstellen würden, wenn eine unvorhersehbare hohe Anzahl an Zuweisungen durch die Bezirksregierung Arnsberg vorgenommen werden würde.

Herr 1. Beigeordneter Eichner wies daraufhin, dass in solchen Situationen lediglich die Bereitstellung der Turnhalle im Weidenweg als Notunterkunft möglich sei, um maximal eine Personenanzahl von 100 Menschen unterbringen zu können. Diese Situation sollte auch nur solange andauern und aufrecht erhalten bleiben, bis andere Systeme aktiviert worden sind, um die Menschen in adäquateren Unterkünften unterbringen zu können. Diese angesprochenen Systeme seien derzeit nicht vorhanden.

Herr El Halimi/SPD fragte nach, ob die Verwaltung auf dem Immobilienmarkt auf der Suche nach anderweitigen oder dem Bestand ergänzenden Wohnräumen ist.

Herr 1. Beigeordneter Eichner führte aus, dass die Verwaltung auf dem Immobilienmarkt auf der Suche nach Wohnräumen sei.

Herr Beier/Bürgeraktion fragte nach, ob es in der unmittelbaren Nähe zu den städtischen Asylunterkünften Schwierigkeiten oder Problemen mit den dort lebenden Nachbarn gäbe.

Herr Zimmerer als Sachgebietsleiter des Sachgebiets Asyl und Obdachlosigkeit führte aus, dass zu den Nachbarn und den Menschen die in den städtischen Asylunterkünften untergebracht sind, keine nennenswerten Probleme gäbe.

Herr Beier/Bürgeraktion fragte nach, ob es eine Wohnsitzauflage gibt und wie lange diese ihre Gültigkeit hat.

Herr Zimmerer als Sachgebietsleiter des Sachgebiets Asyl und Obdachlosigkeit erklärte, dass durch die Ausländerbehörde eine Wohnsitzauflage erteilt wird, in der Regel für eine Dauer von drei Jahren.

Eine bestehende Wohnsitzauflage kann durch die Ausländerbehörde vorzeitig aufgehoben bzw. verändert werden, wenn zum Beispiel eine Erwerbsmöglichkeit in einer anderen Kommune möglich sei.

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Fallzahlenentwicklung im Bereich Asyl zur Kenntnis.

Herr 1. Beigeordneter Eichner führte aus, dass in Anbetracht der aktuellen weltpolitischen Situation und auch durch die klimabedingten Veränderungen, zukünftig weiterhin mit einer noch nicht abzusehenden hohen Anzahl von Flüchtlingen zu rechnen sei. Welche besonderen Herausforderungen an die Stadt Hilden damit gestellt werden, ist noch nicht abzuschätzen.

Dennoch stelle sich die Stadt Hilden diesen Herausforderungen und begegne diese mit einer langfristigen Planung. Dies betreffe nicht nur die Aufforderung an das Land Nordrhein-Westfalen sich in einem verstärkten Umfang an die Verwaltungskosten zu beteiligen, sondern auch die bestehenden personellen Ressourcen und Netzwerke zu erhalten und zu fördern.

So könne aktuell verzeichnet werden, dass alle Planstellen in der Verwaltung im Sachgebiet Asyl und Obdachlosigkeit besetzt seien. Ergänzend unterstütze das Sachgebiet das bestehende Netzwerk aus im Ehrenamt tätige Bürger der Stadt Hilden.

Herr Zimmerer als Sachgebietsleiter des Sachgebiets Asyl und Obdachlosigkeit ergänzte, dass durch Besetzung der Planstellen vermehrt Angebote in den städtischen Asylunterkünften angeboten und durchgeführt werden können.

Herr Dell'Abate fragte nach, ob es möglich sei, zielgerichtet junge Menschen in Sportvereine anzubinden um ihnen attraktive Freizeitangebote unterbreiten zu können.

Die Amtsleiterin des Amtes für Jugend, Soziale Dienste und Integration, Frau Voß führte aus, dass bereits Sportvereine in Hilden zur Verfügung stünden. Jedoch sei dies ein freiwilliges Angebot, welches die Kinder bzw. die Jugendlichen eigeninitiativ in Anspruch nehmen müssten.

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen der Verwaltung zum Sachstandsbericht Asyl zur Kenntnis.

7	Sachstandsmitteilung Soziale Dienste, Fachstelle unbegleitete minderjährige Ausländer	WP 20-25 SV 51/219
---	---	-----------------------

Frau Brandenburg/CDU sprach die Ausführungen in der Sitzungsvorlage an, in der auch von einem 15jährigen jungen Menschen aus der Ukraine die Rede ist, wobei die anderen geflüchteten Kinder in einem Kleinkindalter sind. Hierzu wollte Frau Brandenburg wissen, ob die Angaben inhaltlich richtig sind, und weshalb ein einziger Jugendlicher unter den Kleinkindern gewesen ist.

Die Amtsleiterin des Amtes für Jugend, Soziale Dienste und Integration, Frau Voß führte aus, dass die Kinder zu Beginn des Krieges in einem Kinderheim lebten, welches schnell evakuiert werden musste. Durch eine in Deutschland ansässige und unterstützende Organisation seien zum damaligen Zeitpunkt Reisebusse für alle Kinder des Kinderheims organisiert worden, um evakuiert zu werden. Die Verteilung der dann in Deutschland und in Hilden ankommenden Kinder und Jugendlichen gestalte sich dann eher zufällig.

Frau Grünke-Klapdor/CDU fragte nach, ob die in Hilden angekommenen Kinder therapeutische Begleitung und Betreuung erfahren.

Die Amtsleiterin des Amtes für Jugend, Soziale Dienste und Integration, Frau Voß bestätigte die Nachfrage.

Der Integrationsrat nahm den Bericht der Verwaltung zum aktuellen Stand der Fachstelle „unbegleitete minderjährige Ausländer“ zur Kenntnis.

8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine.

9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Der Vorsitzende des Integrationsrates, Herr Falke/CDU, wies daraufhin, dass in Anbetracht des 30jährigen Gedenkens an die rassistischen Übergriffe in Solingen, die Teilnahme des Hildener Integrationsrates in Solingen stattfinden wird.

Ende der Sitzung: 18:24 Uhr

Martin Falke / 12.06.23
Vorsitzender

Wolfgang Strauhal / 30.05.23
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / 02.06.23
Bürgermeister

Sönke Eichner / 31.05.23
Beigeordneter